



Gauleiter Hinrich Lohse bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Kollegienaal des Altonaer Rathauses, 1933.

Foto: Emil Puls / Bildbestand Altonaer Museum

Stadtgeschichte mit mangelnder Präzision: Hinrich Lohses Rede zum Groß-Hamburg-Gesetz 1937 wird in Wolfgang Vacanos Altona-Buch auf 1933 umdatiert und damit in der Chronologie und der Bildunterschrift falsch zugeordnet

REZENSIONEN

Zweimal Altona historisch

Rechtzeitig zum Stadtjubiläum von Hamburg-Altona sind zwei neue Bücher erschienen: Zum einen die Stadtgeschichte von Holmer Stahncke, zum anderen eine Art Chronologie von Wolfgang Vacano.

Die beiden Bücher könnten nicht unterschiedlicher sein. Der Historiker Stahncke trägt auf 384 Seiten im DIN-A5-Format in 13 Kapiteln à 20 bis 30 Seiten den bisherigen Forschungsstand aus der einschlägigen Literatur zusammen und bewertet ihn. Sein mit Fußnoten versehener Text wendet sich an diejenigen, die an der Stadtgeschichte interessiert sind und einen lesbaren, qualitativen Überblick erhalten wollen.

Das Layout ist konventionell; ein Haupttext wird durch eine Spalte mit Zusatzinformationen und Fotos bzw. Dokumentenauszüge ergänzt; bestimmte Themen werden in Exkursen umfassender erläutert, ein Register erleichtert die Suche. Eine Chronologie sowie ein Literatur- und Abbildungsverzeichnis schließen den Band ab.

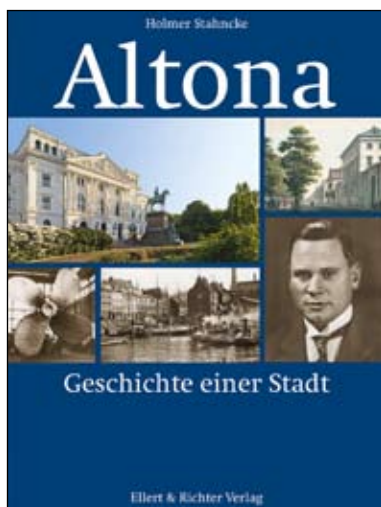
Wolfgang Vacanos DIN-A4-großer Band hingegen ordnet alle Ereignisse einer Chronologie nach Jahreszahlen unter, wobei es sich zumeist um jeweils zweizeilige Einträge mit Sachinformationen handelt. Die Stadtgeschichte teilt er

dabei in zehn Kapitel ein, die in der Regel 50 Jahre umfassen und deren Überschriften nicht immer überzeugen (u.a. *1900–1949 Altona wird Hamburger Stadtteil*, *1950–1999 In der Nachkriegszeit*). Auch Vacano streut Exkurse bzw. Vertiefungen ein, verzichtet aber auf ein Register, was die Suche unnötig erschwert.

Das Layout kann nicht überzeugen; es scheint hier überhaupt kein Konzept gegeben zu haben, und der Autor behauptet im Bildnachweis ernsthaft, dass außer dem Titelbild und einer Karte sämtliche Abbildungen aus dem so genannten Stadtarchiv Altona stammen (S. 4). Dass dem nicht so ist (u.a. S. 95 oben: Neubacher, Staatsarchiv, S. 130 rechts: Hollnagel, Altonaer Museum), soll an anderer Stelle noch thematisiert werden.

Theoretisch könnten sich beide Bücher gut ergänzen: hier die neue Stadtgeschichte, dort eine Chronologie. Doch ein Vergleich macht so große Mängel an Vacanos „Jubiläumsbuch“ deutlich, dass es dem Rezensenten schwerfällt, die vielen Schwächen und Fehler aufzuzählen, geschweige denn von einem Lektorat seitens des Sutton-Verlags auszugehen (Verantwortlich: Bärbel Dahms).

Tatsächlich hat Stahncke einen wissenschaftlichen Anspruch und



Holmer Stahncke, Altona. Geschichte einer Stadt. Hamburg: Ellert & Richter Verlag 2014. 384 S.

beginnt seine Darstellung mit der ersten kontinuierlichen Ansiedlung im Jahr 1536, die dann im Jahr 1664 in der Verleihung von Stadtrechten für Altona mündete. In seiner Einführung (S. 9-11) nimmt er dabei Begriffe vorweg, die aus seiner Sicht die Stadtgeschichte geprägt haben bzw. handlungsleitend für die Analyse sein könnten (u.a. die Geschichte Altonas im Spannungsfeld von Europa-, Landes- und Regionalpolitik; die Religionsfreiheit oder auch die Behauptung, dass die Altonaer Bürger/innen in der Geschichte häufig „die Dinge selbst in die Hand nehmen“), wobei erst ein komparativer Ansatz tatsächlich verdeutlichen würde, was hier Mythos und was Wirklichkeit ist.

Der Kapitelumfang beträgt in der Regel 20 bis 30 Seiten, wobei die dänische Herrschaft ab 1640 bis

1864 in fünf Kapiteln abgehandelt wird und damit knapp ein Drittel des Buches ausmacht. Die nächsten vier Kapitel sind mit 140 Seiten die umfangreichsten und stellen die Geschichte bis 1945 dar, während auf lediglich 20 Seiten die gesamte Nachkriegszeit bis heute vermittelt wird.

Dementsprechend kann im letzten Kapitel unter dem Titel *Von der Industriestadt zum Standort für ‚Kreative‘* nicht mehr von einer Stadtgeschichte gesprochen werden, denn hier zeigt sich das einzige Defizit des Buches: Aufgrund der Tatsache, dass Altona nur noch Bezirk von Hamburg ist, erweist sich hier die Forschungslage als noch sehr dünn, und Stahncke konzentriert sich zu sehr auf die (Neu-)Baugeschichte des Stadtteils, Stichworte: Neu-Altona, Pläne für die City West, heutige Gentrifizierung. Dagegen treten andere Aspekte wie die soziale Lage oder politische und wirtschaftliche Gegebenheiten zu sehr in den Hintergrund. Vielleicht wäre es besser gewesen, das letzte Kapitel vorzeitig enden zu lassen, als es in dieser unbefriedigenden, eher journalistischen Form abzuschließen.

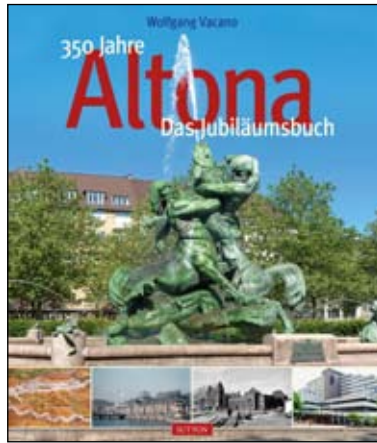
Der Qualitätsunterschied der beiden Bücher zeigt sich bei der näheren Analyse dessen, was Vacano vorgelegt hat. „Wolfgang Vacano ist seit 1987 Stadtarchivar in Altona. Seit dieser Zeit engagiert er sich weit über den Rahmen seines bloßen Amtes hinaus. Er dokumentiert schriftlich und fotografisch

die Entwicklung Altonas, verfasste zahlreiche Schriften zur Geschichte der einst selbstständigen Stadt und des späteren Bezirkes und Stadtteils Altonas“, so die Selbstbeschreibung des Autors im Impressum. Dazu ist einleitend zu sagen, dass Wolfgang Vacano einen Geschichtsverein „Stadtarchiv Altona e.V.“ gegründet hat, er also nicht vom Bezirk Altona als Archivar angestellt ist. Das historische Archiv Altonas liegt im Staatsarchiv Hamburg.

Vacano ist ein in Wedel lebender ehemaliger Polizeibeamter, der sich seit Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen dem Sammeln, Fotografieren und Dokumentieren der Altonaer Geschichte widmet, zuletzt durch die Gründung des oben genannten Vereins.

Qualitativ bewegt sich sein Engagement zwischen angesammeltem Wissen um die Ereignisse der Stadtgeschichte, Heimattümelei und Egomane. Als „Leiter“ des „Stadtarchivs“ hat er zusammen mit einer Reihe von Hilfskräften eine durchaus beeindruckende und umfassende Sammlung in seinem Heimatverein angelegt, und dieser Fundus bestimmt auch die Inhalte seines Buches: Es ist eine relativ willkürliche und durch keinen inhaltlichen roten Faden verbundene Aneinanderreihung von Einträgen zu Jahreszahlen der Stadtgeschichte Altonas.

Dem Rezensenten erschließt sich nicht, welche Wertung der Autor vorgenommen hat, warum



Wolfgang Vacano, 350 Jahre Altona. Das Jubiläumsbuch. Erfurt: Sutton Verlag 2014. 164 S.

die Einträge untereinander nicht in einer chronologischen Reihenfolge nach Monaten und Tag folgen und nach welchen Kriterien zu manchen Jahreszahlen große Textmengen, zu anderen hingegen lediglich fünf bis sechs Zeilen erstellt worden sind. Da dem Buch zudem ein Register fehlt, wird eine Suche nur durch die Hervorhebung von Wörtern im Fließtext unterstützt.

Die Beliebigkeit der erfassten Ereignisse zeigt sich darin, dass dem Lesenden nie deutlich wird, warum an einigen Stellen die Reichsebene, Internationales, Kommunales und Provinziales genannt wird und mit welchem Hintergrund bestimmte soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Ereignisse aufgezählt werden (und in der Folge auch, warum nicht?). Hinzu kommen faktische Einschübe von grau unterlegten längeren Texten, die die Chronologie unterbrechen und bei

denen man ebenso ratlos zurückgelassen wird, denn warum sich hier die folgenden Themen finden und was das Kriterium für die Auswahl war, bleibt völlig unklar: *Altonas Stadtbild von 1664, die Navigationsakte, Einfuhrzoll, Franzosenzeit in Hamburg, Die Altonaer Sternwarte, Das Militär im Jahr 1852, Eine Altonaer Hausordnung von 1932, Zur Bombardierung von Altona 1943, Der Kältewinter 1946/47* sowie das längere Quellenzitat *Als die Dänen endlich verschwanden*.

Die Beliebigkeit in der Auswahl und die Schwächen in der Chronologie durchziehen den gesamten Band. Das spiegelt sich im Detail auch darin wieder, dass es in einigen Abschnitten Jahreszahlen gibt, die ohne Eintrag bleiben (1855–1866) oder historische Ereignisse einfach nicht erwähnt werden. So finden der deutsch-dänische Krieg 1864 und seine Folgen bis 1866 nicht statt, und der Lesende muss sich mit dem einzigen längeren Quellenzitat unter der Überschrift *Als die Dänen endlich verschwanden* zufrieden geben (S. 66f.).

Hinzu kommen laufend handwerkliche Fehler; so heißt es im Eintrag auf Seite 66 „**1867** verkündete am 12. Januar der preußische König Wilhelm I. die **Einverleibung Schleswig-Holsteins nach Preußen**“, eine Seite später wird das Ganze noch einmal wiederholt „Ein Gesetz sah vor, dass Schleswig-Holstein **in das Gebiet Preußens einzuverleiben ist**“ und zum Deutschen

Kaiserreich folgen die Einträge: „**1870** kam es zur **Neugründung des Deutschen Reiches**“, einige Zeilen darunter: „Soldaten aus Altona waren am **Deutsch-Französischen Krieg** beteiligt“, und 1871 fehlt der Eintrag zur tatsächlich Gründung des Kaiserreichs (Hervorhebungen im Original). Abgesehen davon, dass die Reichsgründung chronologisch erst 1871 nach dem Krieg folgen kann, finden sich solche Fehler auch an anderen Stellen wieder. So wird weder der Bau der wichtigsten Militärkaserne Altonas erwähnt (Victoria-Kaserne, 1878–1883) noch die Einquartierung des dortigen Infanterieregiments, dafür wird aber dessen Feier zu seinem 100-jährigen Jubiläum erwähnt (1912, S. 79). Auch die Zahl der im Ersten Weltkrieg ums Leben gekommenen Soldaten nennt Vacano nicht, während Holmer Stahncke von mindestens 4.223 spricht (Altona, S. 243).

Geradezu Geschichtsklitterung betreibt Vacano, wenn er unter 1914 mit dem Eintrag „**Oberrabbiner Dr. Meier-Lerner** segnete Soldaten jüdischen Glaubens in der Synagoge, bevor sie in den **Krieg** ziehen“ suggeriert, dass lediglich die jüdische Gemeinde Altonas den Krieg unterstützte, und weder die wichtige patriotisch-nationalistische Rolle der evangelischen noch die der katholischen Kirche im Ersten Weltkrieg erwähnt (S. 81).

Fast zu verschmerzen ist, dass der Oberrabbiner Dr. Mayer Lerner hieß (vgl. dazu Bettina Goldberg,

Abseits der Metropolen), denn auch an anderen Stellen finden sich falsche Schreibweisen von Namen wieder.

Einordnungsprobleme bekommen der Lesende an vielen Stellen, etwa wenn der Autor den Erlass eines Gesetzes aufnimmt, aber im Unklaren lässt, ob es sich um ein preußisches oder ein Reichsgesetz handelt (S. 73 und wiederkehrend). Oder wenn es für 1900 heißt, „Die **Polizei** führte 225.000 Personalakten, daneben 354 General-, 4600 Bauakten, 503 politische Akten und 90 Wirts-, 1000 Vereins- und Krankenkassenakten sowie 425 Spezialakten verschiedenen Inhalts“, was mitnichten bedeutet, dass die Polizei in Altona 225.000 Mitarbeiter gehabt hätte, sondern sich auf das Meldewesen bezieht.

Ähnlich verhält es sich mit den Einträgen, die sich um das Thema Prostitution reihen (S. 79-82, 1913ff.), denn die Benennung der Anzahl der erfassten Prostituierten ohne inhaltliche Einordnung des Phänomens ist kein Erkenntnisgewinn. Die handwerklichen Mängel lassen sich anhand der Reihenfolge und Inhalte der Einträge für 1919 gut illustrieren (S. 84f.):

„1919 begann das Jahr mit **Unruhen und Bürgerkriegen** in Deutschland, den Spartakuskämpfen und Putschversuchen. Das kommunale Leben wurde von Unruhen erfasst. Die Wahl zur Nationalversammlung verlief in Hamburg und Altona jedoch relativ friedlich. [Zwei wei-

tere Einträge]

- Die Vertreter des Radikalismus schieden aus dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.

- In Bahrenfeld erfolgte die **Niederschlagung des Spartakistenputsches**. Die Spartakisten hatten die Kaserne des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 21 besetzt.

- **Friedrich Ebert** übernahm das Amt als Reichspräsident.

- **Sozialistische Parteien** erhielten bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im auf 66 Sitze erweiterten Parlament allein 56 Mandate; Demokraten: 14, Sozialdemokraten: 36; unabhängige Sozialdemokraten: 6 Sitze. [Interpunktion wie im Original] [Ein weiterer Eintrag]

- Die ersten demokratischen Wahlen beendeten die **Novemberrevolution**. [Drei weitere Einträge]

- Die politische Macht ging auf die **Volkwehr** und die **Betriebsräte** über. [Neun weitere Einträge]

- Die Wahl des [sic!] Altonaer SPD-Politikern [sic!] **Louise Schroeder** in die Nationalversammlung fand statt. [Ein weiterer Eintrag]“

Ebenso chaotisch lesen sich mangels chronologischer Reihenfolge die Einträge für das Jahr 1923, wo bspw. die Hyperinflation im November ihren Höchststand erreichte, aber danach weitere Einträge folgen, die zeitlich davor gelegen haben – u.a. zur Inflation, aber auch zum Hamburger Aufstand im Oktober (S. 87f.).

Gerade für die Weimarer Repu-

blik und den Nationalsozialismus häufen sich die vermeidbaren Fehler. So heißt es im letzten Eintrag für 1921: „Die Stadt ehrte die Ermordeten **Erzberger** und **Rathenau** mit der Benennung einer Straße und eines Parks“ (S. 86), was bemerkenswert ist, da Walther Rathenau erst am 24. Juni 1922 ermordet wurde. Eher peinlich sind Formulierungen wie 1924 „Der Nationalsozialist **Hinrich Lohse** zog mit Freunden in die Stadtversammlung ein.“ (S. 89), wobei es korrekt Stadtverordnetenversammlung heißen müsste.

Mit den Wahlen nimmt es Vacano aber ohnehin nicht genau: mal finden sie statt, mal nicht, mal nennt er irgendein Einzelergebnis, mal eine Person, mal kommen Sätze wie diese zustande: „Die Altonaer Bürger nahmen an den Wahlen für den Reichspräsidenten teil“ (1925) oder „Es gab Reichstagswahlen. Dabei erreichten die **Sozialdemokraten** 28.000 Stimmen.“ (1928). Vergleichlich sucht man in der Chronologie zumindest die genauen Ergebnisse für die Stadtverordnetenversammlung Altonas, auch wird hier nicht einmal jede Kommunalwahl überhaupt erwähnt.

Ärgerlich sind dann Einträge wie diese beiden für 1926: „Ein **Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei** rief gegen die ‚Fürstenabfindung‘ auf, nach dem Motto: ‚Wir sagen, das Volk ist das höchste Gesetz.‘“ und einen Eintrag weiter: „Die Gründung der SA fand statt. **Hinrich Lohse** wurde

zum Gauleiter des Gaus Schleswig-Holstein ernannt und **Altona zur Gauhauptstadt**.“ (S. 90). Abgesehen davon, dass das Ergebnis des Volksentscheids zur Fürstenenteignung nicht abgedruckt wird und überhaupt keine Einordnung zum Flugblatt erfolgt, ist es bezeichnend, dass Hinrich Lohse nicht im März 1925, sondern bei Vacano erst 1926 zum Gauleiter erklärt wird. Für 1930 heißt der erste Eintrag: „1930 begann der Boykott von Geschäften, die sich im Besitz deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und Abstammung befanden.“ (S. 94). Sollte es 1930 schon Boykottaktionen gegeben haben, wäre das stadtdogmatisch von Interesse, doch da Vacano 1933 den Boykott jüdischer Geschäfte mit keiner Silbe erwähnt, ist der Rezensent skeptisch, ob der Eintrag für 1930 der Wahrheit entspricht.

Für 1932 nimmt sich der Autor sechs Zeilen Platz, wovon zwei so lauten: „Es kam zu den schrecklichen Ereignissen des Altonaer Blutsonntags mit vielen Toten und Verletzten.“ (S. 94). Warum hier nicht mindestens die Anzahl der ums Leben Gekommenen genannt wird, bleibt das Geheimnis des Autors; dafür schafft er es für 1933, die chronologische Reihenfolge so zu chaotisieren, dass nur historisch Eingeweihte durchblicken können. Doch damit nicht genug: „**Michael Brix** erschien als neuer, von der preußischen Regierung entsandter ‚kommissarischer Bürgermeister

für Altona‘ und hielt eine Rede vor den auf dem Platz der Republik aufmarschierten Verbänden der SA und SS.“ (S. 95). Auch 1934 wird der Altonaer Oberbürgermeister Emil Brix Michael genannt (S. 98), was ein Versehen des Autors ausschließt. Passend dazu ist auch die Fotoauswahl: Hinrich Lohses Rede zum Groß-Hamburg-Gesetz 1937 wird auf 1933 umdatiert und damit in der Chronologie und Bildunterschrift falsch zugeordnet (S. 95, vgl. im vorliegenden Heft S. 204).

Nicht unerwähnt muss bleiben, dass sowohl dieses Foto (Fotograf: Emil Puls, Bestand Altonaer Museum) wie auch andere im Bildnachweis von Vacano überhaupt nicht zugeordnet werden. Der Autor behauptet schlichtweg, für alle Fotos die Rechte zu besitzen, was eine dreiste Unwahrheit ist.

Es gibt noch eine Reihe weiterer derartiger Schludrigkeiten und Mängel, doch soll ein Blick auf die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zur Anschauung genügen. 1938 heißt es „Man trieb etwa 800 Männer, Frauen und Kinder aus Altona zum Altonaer Bahnhof, um sie mit einem **Sonderzug über die polnische Grenze** zu schaffen.“ Und darunter: „Nazis verwüsteten im Rahmen der **Reichskristallnacht** fast alle Synagogen in Deutschland.“ (S. 100). Während das erste Ereignis ohne die Information auskommt, dass es sich um die Deportation von ca. 1.000 Juden polnischer Herkunft handelte, finden sich im zwei-

ten Eintrag keine Hinweise darauf, was konkret in Altona mit den dortigen Synagogen passierte. Dazu passt, dass der Autor zu den Deportationen lediglich 1940 folgenden Eintrag verfasst hat: „Die **Gestapo** deportierte mindestens zehn jüdische Bürger aus der Synagoge, dem ehemaligen Israelitischen Schulgebäude an der Grünestraße 5 bis 1927, in verschiedene Gettos und Konzentrationslager.“ (S. 102).

Der grundsätzliche Mangel einer fehlenden Reihenfolge innerhalb der Jahreschronologie scheint in den nachfolgenden Kapiteln nicht mehr so extrem zu sein. Gerade in den Zeiten, wo Vacano selbst als Handelnder und Zeitzeuge die Ereignisse dokumentiert hat, kann eher von einem stimmigen Zeitablauf die Rede sein. Und hier liegt dann auch die einzige Stärke des Buches: Die Chronologie der aktuelleren Ereignisse seit ungefähr 1980/90 dürfte bei eigenen Forschungen hilfreich sein, selbst wenn man auch hier zur Einordnung immer wieder auf andere Quellen zurückgreifen müsste.

Im Kern ist Wolfgang Vacano ein emsiger Sammler von Materialien und Fotos zur neueren und neuesten Geschichte des Stadtteils, wobei sein Interesse nicht immer mit geschichtswissenschaftlicher Genauigkeit einhergeht. Dementsprechend fehlerhaft und schlecht fallen alle diejenigen Einträge des Buches aus, zu denen sein Wissen als Sammler ihn für die historische

Einordnung im Stich lassen muss. Da er zudem mit Fotoquellen so umgeht, als wären sämtliche irgendwo abgedruckten Fotos, die er in sein Archiv aufnimmt, automatisch bei Wiederabdruck ohne Angaben zu den Fotografen und den Rechteinhabern zu benutzen, kann das Buch nicht empfohlen werden.

Der Sutton Verlag dürfte weder ein Fachlektorat noch ein Lektorat des Layouts vorgenommen haben, wofür er an dieser Stelle ausdrücklich kritisiert werden soll. Und die Altonaer Stadtpolitik hat sich vor den Karren einer schlechten Publikation spannen lassen, denn die Bezirksamtsleiterin schrieb ein Vorwort, das mit den Worten endet: „Ihnen wünsche ich beim Lesen des Jubiläumsbuches viel Freude.“ (S. 6). Davon kann nach der Lektüre der Publikation keine Rede sein.

Auch bei Holmer Stahncke lassen sich im Detail Fehler und Ungenauigkeiten nachweisen bzw. Bewertungen finden, die man nicht unbedingt teilen muss. So fehlt dem Autor an manchen Stellen der Überblick zur neueren Forschungsliteratur für Schleswig-Holstein, etwa zu den kriegerischen Auseinandersetzungen 1848–1851 (S. 168f.) oder zum jüdischen Leben (S. 54-56 und S. 313-316).

Das spiegelt sich am deutlichsten in der Literatúrauswahl wider, die sehr altona- und hamburg-zentriert ausfällt (S. 362-368). Auch bleibt es unverständlich, warum der Autor die beiden wichtigsten

Arbeiten zur Weimarer Republik, die Dissertation von Anthony McElligott sowie dessen spätere überarbeitete und erweiterte Buchversion, nicht verarbeitet hat. Dies führt zu einer zu positiven Darstellung der sozialdemokratischen Stadtpolitik, die – aufgrund einer anderen, früheren Veröffentlichung Stahnckes – auch zu wohnungsbau-lastig ausgefallen ist.

Ratlos macht die Tatsache, dass bei Stahncke das Kapitel „Das nationalsozialistische Altona“ 1932 beginnt (S. 287ff.) und konsequenterweise mit der Schilderung des Altonaer Blutsonntags. Dabei kommt der Autor ohne Rückgriff auf die Forschungen von Leon Schirmann aus und bezieht sich ansonsten auf Wolfgang Kopitzschs frühere und heute eher umstrittene bzw. überholte Arbeit (S. 289f.).

Eher verwirrend ist etwa auch die Darstellung zu den letzten Wahlen in der Weimarer Republik (S. 292): Der Autor analysiert die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 und schreibt dann: „Eine Woche später sollten die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung stattfinden. Bei den letzten freien Wahlen im November 1932 hatten die SPD, die bürgerlichen Parteien und die NSDAP gegenüber den Wahlen im Juli 1932 Verluste hinnehmen müssen. Der große Sieger war die KPD gewesen, die jetzt 14 Stadtverordnete stellte. Allerdings blieben die NSDAP mit 21 Abgeordneten die größte Frak-

tion.“ (ebd.). Bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 hatte die NSDAP tatsächlich 30 Sitze errungen, die KPD hingegen 8.

Der Fehler von Stahncke erschließt sich beim Blick in das Amtsblatt der Stadt Altona vom 31.3.1933, wo das statistische Amt eine fiktive Umrechnung der Sitzverteilung aufgrund des Altonaer Ergebnisses für die Reichstagswahl vom März 1933 und November 1932 vornimmt. Das fiktive Novemberergebnis präsentiert Stahncke dann als tatsächliches Kommunalwahlergebnis.

Der Abdruck aller Kommunalwahlergebnisse samt Sitzverteilung hätte Stahncke hier vor einer Fehlinterpretation bewahrt. Doch im Gegensatz zu Vacano lässt sich bei Stahncke über den Anmerkungsap-

parat und das Literaturverzeichnis erschließen, worauf sich der Autor stützt, und bei den Fotonachweisen hat er große Sorgfalt an den Tag gelegt.

Neben der Frage, ob der Autor die Literatur Schleswig-Holsteins genügend berücksichtigt hat, dürfte die größte Einschränkung der neuen Stadtgeschichte Altonas sein, dass Stahncke keine Archivquellen zu Rate gezogen hat und sich auf abgedruckten Quellen, Zeitschriften und Zeitungen beschränkt hat. Doch nicht nur im Vergleich zu Wolfgang Vacanos Versuch einer Chronologie schneidet die Veröffentlichung von Holmer Stahncke besser ab.

Für die Zeit bis 1945 hat Altona eine neue, sehr lesenswerte Stadtgeschichte erhalten. *Frank Omland*

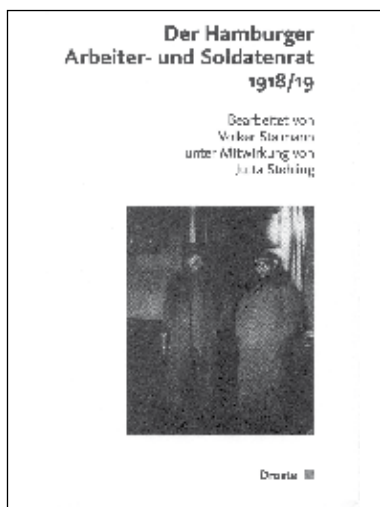
Dokumente zum Arbeiter- und Soldatenrat

Diese Edition präsentiert 120 Quellen aus dem Wirken des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, ergänzt um eine 100 Seiten umfassende Einleitung zu seiner Geschichte, biografische Daten der Mitglieder (4 S.), Hinweise zur Edition einschließlich einer sehr knappen Einführung in die bisherige Literatur (4 S.), ein Verzeichnis der verwendeten Quellen und Publikationen (7 S.) sowie ein Personen- und Sachregister (32 S.). Ziel der Quellenedition ist es zum einen, die Protokolle und Materialien aus der Zeit von November

1918 bis März 1919 der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, zum anderen die „Aktionsräume und Gestaltungsmöglichkeiten“ sowie den Charakter des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats zu verdeutlichen (S. 11).

Herausgeber Volker Stalman konnte dabei auf umfangreiche Vorarbeiten von Eberhard Kolb und Jutta Stehling zurückgreifen, die in den 1980er-Jahren zum Thema gearbeitet haben (S. 110f.).

In seiner Einleitung beginnt Stalman damit, die Geschichte



Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalman unter Mitwirkung von Jutta Stehling. Düsseldorf: Droste Verlag 2013. 1100 S. (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Band IV. Hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien)

Hamburgs von dem Ersten Weltkrieg zu erläutern, geht dann zur Arbeiterbewegung in Hamburg über, die reichsweit zu den stärksten Einzelverbänden gehörte (S. 17) und deren Organisationsgrad in den Gewerkschaften nach Berlin am höchsten ausfiel (S. 18). Hamburgs SPD gehörte zum reformistischen Flügel und neigte „zur friedlichen Konfliktregulierung“ (S. 18). Ziel der Partei war die Verbesserung der Lebensumstände, nicht die Veränderung der Gesellschaft durch eine Revolution: „Einen linken Flügel gab es in Hamburg mithin nicht,

auch wenn einige radikale Politiker gelegentlich von sich reden machten.“ (S. 20).

Einer dieser Radikalen war der spätere Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Dr. Heinrich Laufenberg, der seit 1908 in der Stadt aktiv war, hohe Popularität genoss und unter anderem auch die *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung* (1911) verfasste. Mit seinen Positionen war er in der Sozialdemokratie Hamburgs nicht mehrheitsfähig, doch erzielte er bei innerparteilichen Wahlen gute Ergebnisse. Der Konflikt zwischen der Linie der Mehrheitspartei, die auf „allmähliche Demokratisierung und Sozialisierung“ der Gesellschaft setzte (S. 22), sowie einer sich von der Basis entfremdenden Gewerkschaftsführung, die auf Konfliktregulierung und Kooperation mit den Arbeitgebern setzte, mit einer Minderheit, die radikaler und auch bereit war, mittels wilder Streiks ihre Interessen durchzusetzen, eskalierte dann mit Beginn des Ersten Weltkriegs, nachdem die SPD im Reichstag den Kriegskrediten zugestimmt hatte.

Zwar wurde die sich daraufhin bildende Hamburger USPD durch staatliche Repression erst einmal ausgeschaltet und war mangels einer eigenen Zeitung nicht wirkmächtig, doch der Anstieg der – gegen den Willen der Gewerkschaften durchgeführten – Streiks 1916/17 zeigt laut Stalman, dass sich ein Teil der Basis nicht mehr von den

Mehrheitssozialdemokraten vertreten sah.

Hungerunruhen, die große Friedensdemonstration am 1. August 1917 sowie der Januarstreik 1918 waren weitere Wegmarken, die die Radikalisierung der Hafen-, Werft- und Metallarbeiter sowie eines Teils der jugendlichen Sozialdemokraten widerspiegeln. Durch Einberufungen von Linksradikalen, Repression gegen die USPD und die bewusste Zerschlagung von Strukturen der parteiinternen Kritiker konnte sich die MSPD aber bis zur Revolution noch die formale Kontrolle über ihre Basis erhalten.

Die von Kiel ausgehende Revolution erreichte am 5. November die Hansestadt, und nach einer Versammlung der USPD im Gewerkschaftshaus und einer anschließenden großen Demonstration auf dem Heiligengeistfeld setzte sich nach kurzen bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem preußischen Militär bis zum Folgetag auch in Hamburg die Revolution durch (S. 43). Aufgrund taktischer Fehler der MSPD konnten die Unabhängigen Sozialdemokraten und die radikalen Linken im sich konstituierenden Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) die Mehrheit erringen, und Heinrich Laufenberg wurde noch vor dem Sozialdemokraten Bertold Grosse zum Vorsitzenden gewählt (S. 48).

Laufenberg erhob „für den Arbeiter- und Soldatenrat den grundsätzlichen Anspruch auf die alleinige exekutive und legislative Gewalt

gegenüber den bisherigen Trägern des alten Herrschaftssystems, während die Sozialdemokraten den Rat als ein notwendiges Übel akzeptierten und mit der möglichst raschen Ansetzung von Neuwahlen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht eine Demokratisierung des Hansestaates anstrebten“, so Stalmanns Fazit (S. 50).

Das faktische Weiterbestehen von Bürgerschaft und Senat neben dem ASR sowie der Umstand, dass sich die MSPD im Plenum des ASR nicht mit ihren Vorstellungen zu raschen Neuwahlen durchsetzen konnte, führten in der Folge zu ständigen Konflikten der Beteiligten. Formal übte der ASR die politische Gewalt aus, doch durch das Nichtabsetzen von Senat und Bürgerschaft, die für die kommunale Verwaltung im Amt blieben, ging der Machtkampf faktisch zugunsten letzterer aus (S. 53).

Laut Stalman war es ein kompliziertes Nebeneinander von ASR und Senat, das ersterer durch Kontrollen des Senatshandelns mit Hilfe von Beigeordneten zu seinen Gunsten zu entscheiden versuchte. Tatsächlich war die Räteherrschaft in Hamburg aber durch eine Mischung aus chaotischen Zuständen und dem Versuch geprägt, den Nachkriegsalltag zu gestalten.

Die unübersichtliche Situation führte u.a. dazu, dass die Wahlen zum Soldatenrat faktisch undemokratisch vonstatten gingen, weil je nach Truppenteil und -größe nicht

immer ein vergleichbarer Delegiertenschlüssel verwendet wurde. Diese Situation nutzten laut Stalman die Mehrheitssozialdemokraten für sich aus, um langsam die Oberhand im Soldatenrat zu gewinnen und damit auch im ASR immer mehr Einfluss zu bekommen (S. 57f.).

Zur Vertretung der Frauen ist hingegen zu konstatieren: „Frauen hatten letztendlich in der Revolution in Hamburg wenig zu melden.“ (S. 65). Versuche des Hamburg-Altonaer Vereins für Frauenstimmrecht, durch einen Frauenrat angemessen im ASR vertreten zu werden und entsprechend Delegierte in den ASR zu entsenden, lehnten die Männer im ASR ab und speisten die Frauen mit einer Vertretung in der sozialpolitischen Abteilung des ASR ab (S. 65).

Bezeichnenderweise wurden die Frauen aber auch hiervon ausgeschlossen, da der Ausschuss-Vorsitzende sie erst gar nicht zu den Sitzungen einlud. Zwar führte die Revolution das Frauenwahlrecht ein, schaffte das Zölibat für Lehrerinnen ab und sprach sich auch gegen Benachteiligungen von erwerbstätigen Frauen gegenüber den kriegsheimkehrenden Männern aus, doch faktisch war auch der Hamburger ASR durch Paternalismus geprägt.

Im Rahmen der Verfassungspolitik war der ASR mehrheitlich gegen frühe Wahlen, da die USPD und die Radikalen erst einmal die Sozialisierung der Wirtschaft und

Veränderungen im kaiserzeitlich geprägten Beamtenapparat durchsetzen wollten. Durchaus skeptisch schaute auch die radikale Linke auf die Entwicklung in Russland, eine Mehrheit für das dortige Räteystem hatten die Radikalen auch im Hamburger ASR nicht.

Dagegen konnte sich die MSPD bis zum reichsweiten Rätekongress in Berlin Mitte Dezember nicht mit ihren Forderungen nach Neuwahlen durchsetzen und scheiterte noch am 16. Dezember 1918 mit einem entsprechenden Vorstoß im ASR (S. 70). Der Versuch der MSPD, über die Bürgerschaft schon Ende November Druck auf den ASR auszuüben, endete formal mit einer Niederlage, doch konnte auch der ASR nicht mehr lange gegen den reichsweiten Trend zu frühen Wahlen zu verfassungsgebenden Versammlungen ankämpfen.

Stalman beschreibt im Folgenden die Grenzen der Tätigkeit des ASR in seiner insgesamt fünfmonatigen Herrschaftszeit. Zwar wurden bei sozialpolitischen Fragen durchaus einige Weichenstellungen vollzogen und bei kulturpolitischen bzw. Fragen der Religionsfreiheit Fortschritte erzielt (S. 73), doch da es dem ASR einer „klaren Konzeption und eines entsprechenden politischen Gestaltungswillens“ mangelte (S. 77), konnte er nur wenige konkrete Erfolge für sich verbuchen. Bezeichnenderweise führten Befürworter von raschen Neuwahlen am 8./9. Dezember

1918 einen konterrevolutionären Putschversuch durch, der schnell scheiterte. Dieser führte in der Folge zum „Versuch der radikal-demokratischen Umgestaltung des überkommenen Wehrsystems“ (S. 80), doch wurden die – auch und gerade durch den Mehrheitssozialdemokraten Walther Lamp¹ vorangetriebenen Reformideen – faktisch durch die zuständigen preußischen und reichsweiten Behörden unterlaufen, die jede Form der positiven Veränderung des Militärwesens ablehnten.

Der Machtkampf innerhalb des Hamburger ASR ging schon Mitte Januar 1919 zugunsten der MSPD aus. Die Wahlsiege der MSPD bei der Nationalversammlung, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 16. März 1919 sowie bei den Neuwahlen zum ASR eine Woche später belegen eindrucksvoll, wie gering der Rückhalt der USPD oder der sich formierenden KPD unter den wahlberechtigten Arbeitern war. Im Großen Arbeiterrat erhielt die MSPD 113.733, die USPD 17.745 und die KPD 12.116 Stimmen, womit das Kräfteverhältnis klar zugunsten der MSPD ausfiel.

Die letzte Sitzung des ASR fand am 24. März 1919 statt, wobei die Hamburger Verfassung ironischerweise einen Großen Arbeiterrat installierte, der sich in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen gegenüber der Bürgerschaft äußern durfte und formal noch bis April 1933 Bestand hatte.

Die Einleitung von Stalman ist eine Zusammenfassung der Geschichte des ASR in Hamburg, wobei man nicht immer der Argumentation des Autors folgen mag. So bleibt unklar, warum er bestimmten Zeitzeugen eine höhere Wertigkeit zumisst als anderen oder die Rolle des Obersten Marine Rates nicht einbezogen hat, sondern diesen nur an Einzelstellen ob seiner Radikalität erwähnt (S. 60).

Ebenso kann der Rezensent nicht allen Bewertungen folgen, etwa, wenn die Hamburger Bürgerschaft auf Initiative der MSPD den ASR für dessen Haltung zu Neuwahlen kritisiert, der ASR-Vorsitzende deshalb in der Bürgerschaft eine Kritik verliert und Stalman dazu schreibt: „Der Präsident der Bürgerschaft, Alexander Schön, konnte nur mühsam seine Verärgerung verbergen, als er ‚im Namen der Bürgerschaft gegen diese Gewaltherrschaft [...] die eine Minderheit, die vom Volke nicht erwählt und bestätigt worden ist, ausübt‘, Verwahrung einlegte. Die Bürgerschaft werde sich jedoch ebenso wie der Senat ‚auf den Boden der Tatsachen stellen“ (S. 71).

An dieser Stelle wäre ein Hinweis auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit sinnvoll gewesen: Auch der Hamburger Bürgerschaft fehlte die demokratische Legitimation, da das Wahlrecht in Hamburg bis dato den größten Teil der Bevölkerung ausgeschlossen hatte.

Doch ungeachtet der Detailkritik ist die Einleitung gut geschrieben und kann für sich in Anspruch nehmen, eine klare Zusammenfassung der Situation in den Revolutionstagen zu liefern. Die Einordnung der Quellen im folgenden Teil des Bandes ist plausibel, und durch die Querverweise in den Fußnoten zu den einzelnen Dokumenten ist Stalmanns Argumentation immer nachvollziehbar bzw. kann ohne Mühe kritisch hinterfragt werden.

Im darauffolgenden Hauptteil der Edition werden nicht nur die Quellen selbst abgedruckt, sondern diese auch durch Fußnoten eingeordnet und wenn nötig inhaltlich hilfreich ergänzt. Überwiegend

handelt es sich bei den Quellen um die Protokolle des ASR, ergänzt durch Zeitungsartikel sowie einzelne Dokumente zu Verhandlungen mit dem Hamburger Senat, gemeinsamen Sitzungen mit diesem, Protokollen von Vollversammlungen des Soldatenrats bzw. des Großen Arbeiterrats sowie weiteren Einzelquellen, die für die Thematik von Belang sind.

Mithilfe des Personen- bzw. Sachregisters können die Quellen gut erschlossen werden und sind so für eigene Forschung nutzbar. Der vierte Quellenband zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland ist für alle Interessierten zu empfehlen. *Frank Omland*

Landeskirchen, NS-Vergangenheit, Judentum

Im Jahr 2001 wurde die Wanderausstellung *Kirche, Christen, Juden in Nordelbien 1933–1945* eröffnet und bis 2007, ergänzt um lokale Fenster, in fast allen Kirchenkreisen Nordelbiens gezeigt. Die zahlreichen Ausstellungs-Dokumente zur kirchlichen Mittäterschaft an der Judenverfolgung führten unweigerlich zu der Frage, wie die Kirche nach 1945 mit ihrer NS-Vergangenheit umging und wie sie sich gegenüber dem Judentum verhielt. Deshalb wurde der Historiker Stephan Linck, der die Ausstellung konzipiert hatte, von der Kirchenleitung beauftragt, diesen Fragen im Blick auf die vier Landeskirchen, aus denen 1977

die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche gebildet wurde (Hamburg, Lübeck, Eutin, Schleswig-Holstein), nachzugehen.

Der hier angezeigte Band enthält die Ergebnisse des von einem ehrenamtlichen Beirat begleiteten Forschungsprojekts für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte, 1945 bis 1965. Der Autor begründet die Periodisierung inhaltlich: „Dieser Zeitraum umfasst die letzte Periode, während der der Nationalprotestantismus in den untersuchten Landeskirchen noch Deutungshoheit hatte.“ (S. 15). Als „Hauptmerkmale der nationalprotestantischen Mentalität“ nennt Linck: „eine starke

Fixierung auf die jeweilige Landesherrschaft als Obrigkeit, ein übersteigter Nationalismus und davon abgeleitet ein Rassismus und Antisemitismus.“ (S. 16). Linck erklärt: „Insgesamt gehe ich nicht von einer ungebrochenen Kontinuität des Nationalprotestantismus aus. Für die untersuchten Landeskirchen gilt aber, so die These, mehrheitlich eine nur leicht gebrochene Kontinuität bzw. Wiederherstellung nationalprotestantischer Dominanz. Hier eine Tiefenschärfe für diese Region zu erlangen, ist Ziel dieser Studie.“ (S. 17, Anm. 6)

Stephan Linck beschreibt zunächst *Nordelbiens Kirchen im Wandel* (S. 19ff.) und geht dabei auf *Strukturmerkmale und kirchenpolitische Positionierungen vor 1945* (S. 21 ff.) und *Demographische Veränderungen und kirchliche Statistik 1945–1965* (S. 30ff.) ein.

Im Zentrum der Studie stehen die drei darauf folgenden Kapitel mit den Themen *Schuld und Sühne* (S. 59ff.), *Christen und Juden* (S. 187ff.), *Der Osten* (S. 245ff.).

Im Kapitel *Schuld und Sühne* analysiert Linck, welche Lehren für die Organisation der Landeskirchen nach 1945 gezogen wurden, besonders wie mit Theologen umgegangen wurde, die durch ihr Verhalten in der NS-Zeit belastet waren, und ob bzw. wie Schuld konkret benannt wurde. Zwar waren alle vier untersuchten Landeskirchen in der NS-Zeit in der Leitung von Deutschen Christen (DC) be-



Stephan Linck: *Neue Anfänge? Der Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum. Die Landeskirchen in Nordelbien*. Bd. 1: 1945–1965, Kiel: Lutherische Verlagsanstalt 2013. 352 S.

stimmt, aber sie hatten, wie Linck im Einzelnen nachweist, „auf den Nationalsozialismus gegensätzlich reagiert. Entsprechend unterschiedlich auch die kirchliche Neuordnung der Landeskirchen.“ (S. 59).

Für die vom Autor aufgezeigten Unterschiede sei hier nur ein Beispiel genannt: In der Eutiner Landeskirche, in der der Theologe Wilhelm Kieckbusch (Landespropst seit 1931, Landesbischof seit 1961) eine entscheidende Rolle spielte, wurden nach 1945 Theologen mit unrühmlicher NS- und DC-Vergangenheit eingestellt, die in anderen Landeskirchen nicht mehr aufgenommen wurden. Dagegen wurde in der Lübecker Kirche, die von Pastoren der Bekennenden Kirche (BK) neu aufgebaut wurde, DC-

Pastoren mit beispielloser Konsequenz der Zugang zum Verkündigungsamt nicht mehr gestattet.

Linck hat auch die Rezeption des von der Evangelischen Kirche in Deutschland verabschiedeten Stuttgarter Schuldbekennnisses vom 19. Oktober 1945 in den nordelbischen Landeskirchen untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis: Die kirchliche Mehrheit – einschließlich vieler BK-Theologen – in allen vier Landeskirchen war nicht bereit, eigene Schuld zu benennen und sich öffentlich hinter das Schuldbekennnis zu stellen.

Als Hauptursache für diese – damals auch in anderen Landeskirchen verbreitete – Haltung vermutet Linck: „Der Traum von der Volkskirche brachte die Landeskirchen dazu, sich an Stimmungen auszurichten und gefällig das deutsche Leid zu betonen. Das zeigte sich besonders beim Thema der deutschen Kriegsgefangenen und Kriegsverbrecher.“ (S. 104).

Im Blick auf den Umgang kirchenleitender Personen mit Internierten und Kriegsverbrechern weist Linck anhand von zahlreichen Beispielen nach: „Die Kirche sah sich gegenüber den Besatzungsmächten als ‚Anwalt des Volkes‘ (Martin Greschat) und nahm frühzeitig Partei für verfolgte NS-Verbrecher [...]. Eine Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen wurde gemieden“ (S. 186). Besonders krass sind drei Fälle in der Landeskirche Schleswig-Holstein:

1. Prof. Dr. Hans Beyer, der als SS-Mitglied und „Ostforscher“ an der NS-Vernichtungspolitik in Osteuropa mitgewirkt hatte, wurde nach Kriegsende Leiter der Landeskirchlichen Presseabteilung. (S. 128-139).

2. Ernst Szymanowski-Biberstein, ein Theologe, der als Chef des Einsatzkommandos 6 für Massenhinrichtungen in Osteuropa verantwortlich gewesen war, fand in den 1950er Jahren eine – allerdings nur befristete – Anstellung in der Kirchenverwaltung (S. 140-151). Dass Biberstein 1938 aus der Kirche ausgetreten war, irritierte die kirchlich Verantwortlichen offensichtlich mehr als dessen Verantwortung für Massenmorde.

3. Der Organisator des NS-Euthanasie-Programms, Prof. Dr. Werner Heyde, tauchte nach Kriegsende unter dem Namen Dr. Sawade in Flensburg unter. Einer derjenigen, die die wahre Identität Sawades kannten und ihm gutachterliche Tätigkeiten beschafft hatten, war der Oberstaatsanwalt (ab 1954 Generalstaatsanwalt) Dr. Adolf Voss, der 1952 zum Präsidenten der Landessynode gewählt (und 1960 wiedergewählt) wurde und seit 1954 Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU war (S. 151-158).

Stephan Linck beschreibt und analysiert auch eine eindrucksvolle Ausnahme von der verbreiteten Verdrängung der NS-Verbrechen: „Einzig in Ladelund fand [...] eine

Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen statt, in der das Leiden der Opfer im wörtlichsten Sinn wahrgenommen wurde.“ (S. 186). In Ladelund, wo sich Ende 1944 ein Außenlager des KZ Neuengamme befand, hielt der Ortspfarrer Johannes Meyer in einer Chronik die Verbrechen für die Nachwelt fest und versuchte, Spielräume für Menschlichkeit auszuloten. Nach dem Krieg engagierte er sich in der Versöhnungsarbeit, vor allem mit den Hinterbliebenen der KZ-Häftlinge aus den Niederlanden. Sein Nachfolger, Pastor Harald Richter, engagierte sich mutig auch gegen Widerstände in der Gedenkstättenarbeit (S. 162-185).

Der zweite Teil der Untersuchung, *Christen und Juden*, „beschäftigt sich nicht nur mit dem Verhältnis zum Judentum im engeren Sinn, also zu seinen Vertretern und konkret den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Er hat auch den kirchlichen Antisemitismus zum Inhalt. Damit verbunden ist der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft, an dem sich der kirchliche Antisemitismus praktisch offenbarte.“ (S. 18).

In einer Skizze von „Organisationsformen der als jüdisch Verfolgten“ nach dem Ende des NS-Regimes (S. 187-212) beschreibt Linck die Rolle des Hamburger Senatsdirektors Erich Lüth für die Entstehung der Aktion „Friede mit Israel“ und der „Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenar-

beit“ und des Pastors Walter Auerbach für die Betreuung von Christen jüdischer Herkunft. Anschließend thematisiert der Autor „Diskurse, die sich innerhalb der Landeskirchen mit dem Judentum bzw. dem christlich-jüdischen Dialog oder auch dem Antisemitismus beschäftigten.“ (S. 212).

Für die Landeskirche Schleswig-Holsteins – in der 1933 die „Not- und Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Pastoren“ im Gegensatz zu anderen Notbünden nicht gegen den von der Synode beschlossenen sog. Arierparagraphen protestiert hatte (S. 23) –, kommt Linck zu dem Ergebnis: „Eine Wahrnehmung des Judentums lässt sich in der gesamten Landeskirche in den 1950er Jahren kaum feststellen.“ (S. 215). Ausführlich geht der Autor auf die „Kontroverse um Halfmanns ‚Judenschrift‘“ ein, die Ende der 50er-/Anfang der 60er-Jahre stattfand (S. 222-228). Wilhelm Halfmann, führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, von 1946 bis 1964 Bischof von Holstein, hatte 1936 eine Schrift *Die Kirche und der Jude* in der volksmissionarischen Reihe der Bekennenden Kirche verfasst. In dieser Schrift verband Halfmann religiöse und völkische Argumentation und unterstützte ausdrücklich die antijüdische Gesetzgebung des NS-Staates mit zahlreichen Verweisen auf Luther.

Als in den 1960er Jahren eine antisemitische Welle die Bundesrepublik erschütterte, wurden

Passagen aus Halfmanns Schrift in verschiedenen Presseorganen öffentlich gemacht. Halfmann verteidigte sich mehrfach, u.a. in einem Brief an seinen Amtskollegen, den hamburgischen Landesbischof Karl Witte: „Meine Schrift von 1936 war in den historischen Bemerkungen über die Geschichte der Juden (obwohl sie sachlich richtig sind) ungerecht, weil einseitig ausgewählt [...]. Trotzdem kann ich heute noch nicht anders, als den theologischen Ansatz für richtig zu halten.“ (S. 224). Wer Lincks Kritik an Halfmann zu scharf findet, lese die judenfeindlichen Halfmann-Zitate auf den Seiten 224-228!

Anders als in Schleswig-Holstein war in der Landeskirche Lübeck der Antisemitismus der radikalen Deutschen Christen Thema der Selbstreinigung gewesen. Doch konnte, wie Linck am Fall von Bischof Johannes Pautke zeigt, die klare Absage an den Antisemitismus mit einem traditionellen theologischen Antijudaismus verknüpft sein (S. 228-231).

In der Hamburgischen Landeskirche wurde die Diskussion weitgehend von den kurz aufeinander folgenden Bischöfen bestimmt: „Sie verhielten sich gegenüber dem Judentum sehr unterschiedlich“ (S. 231) – was hier nicht im Einzelnen dargestellt werden kann. In Hamburg war während der NS-Zeit kein Ausschluss von Christen jüdischer Herkunft betrieben worden, und so schlugen bereits Anfang der 1950er-

Jahre einige von ihnen Brücken zu einem christlich-jüdischen Dialog.

Lincks Untersuchung zum Thema *Christen und Juden* zeigt: „Auch wenn die Reflexion des kirchlichen Antisemitismus insgesamt gering war, unterscheiden sich die vier Landeskirchen im Verhältnis zum Judentum grundlegend.“ (S. 317).

Der dritte Teil der Untersuchung, *Der Osten*, verbindet mit dieser Chiffre eine doppelte Deutung: „Der Osten bestimmte in zweierlei Hinsicht die Entwicklung der Nachkriegskirche. Der Osten: Das waren die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen [...] Der Osten: Das war aber auch eine Chiffre für Antikommunismus und Blockkonfrontation.“ (S. 314).

Da die meisten Flüchtlinge, die in den norddeutschen Raum kamen, evangelisch waren, hatten die Landeskirchen Nordelbiens eine zentrale Rolle bei ihrer Integration. Angesichts ihrer großen Zahl und der verbreiteten Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen sowie ihrer unterschiedlichen Kirchlichkeit zählt Linck den Beitrag zur Integration der Ostflüchtlinge im Hauptaufnahmeland Schleswig-Holstein zu den „großen Leistungen der evangelischen Kirche.“ (S. 18) Der Verfasser präsentiert auch informative Daten zum hohen Anteil an sog. Ostpfarrern und beschreibt deren unterschiedliche Integration (S. 246-270).

In dem Abschnitt *Politische Kirche* (S. 271-341) geht Linck auf

unterschiedliche Aspekte der nordelbischen Kirchen nach 1945 ein, die er in einem inneren Zusammenhang sieht: 1. Antibolschewismus – Antikommunismus; 2. Politische Orientierung der Mehrheit; 3. Die Wiederbewaffnung und die Gesamtdeutsche Volkspartei; 4. Der DFU-Streit.

Linck bringt viele Belege für die antibolschewistische/antikommunistische Grundeinstellung der leitenden Kirchenvertreter, die durch die hohe Zahl der Flüchtlinge verstärkt wurde, und die sehr weitgehende „Bindung der Kirche an die CDU Schleswig-Holsteins in den 1950ern“ (S. 283). Er beschreibt die scharfe Kritik kirchenleitender Vertreter an der Minderheit der Theologen und Gemeindeglieder, die die Wiederbewaffnung ablehnten und für Gespräche mit dem Ostblock eintraten und sich dabei z.T. für die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) bzw. die Deutsche Friedensunion (DFU) engagierten. Linck zeigt auf, dass einige Bischöfe in diesen Auseinandersetzungen „dem Geheimdienst mehr Vertrauen als ihren eigenen Brüdern“ (S. 314) schenkten.

Am Ende seiner Studie konstatiert Linck: „Kennzeichnend für alle Landeskirchen ist, dass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den NS-Verbrechen weitgehend gemieden wurde.“ Es gab eine „unreflektierte Solidarisierung mit NS-Verbrechern“, die mit einer „Tabuisierung der Fragen

nach konkreter Schuld“ einherging (S. 317).

Stephan Linck hat sich in seiner Studie auftragsgemäß auf den Umgang der vier nordelbischen Landeskirchen mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum beschränkt. Sie ist also „keine Gesamtdarstellung der vier Landeskirchen 1945–1965“ (S. 18), auch keine Gesamtdarstellung der Bekennenden Kirche in dieser Region.

Die gut lesbare Arbeit ist ein eindrucksvoller Beweis für die Ergiebigkeit regionalgeschichtlicher Studien. Sie enthält viele konkrete Details und Einzelfälle, die bisher nur wenigen oder gar nicht bekannt sein dürften. Sie kann deshalb auch für Leser von Gewinn sein, die vielleicht die eine oder andere Wertung des Autors nicht teilen. Und sie macht deutlich, welche Unterschiede im Blick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit und das Verhältnis zum Judentum in den vier nordelbischen Landeskirchen in den Jahren 1945 bis 1965 bestanden.

Gut zu wissen ist: 2015 soll im Rahmen des Projekts „Neue Anfänge?“ ein zweiter Band – mit Gesamtregister – erscheinen (begleitet von einer Wanderausstellung), der die Jahre bis zur Wiedervereinigung Deutschlands behandeln soll.

Die Veröffentlichung des Buches von Stephan Linck hat viel Zuspruch ausgelöst, nicht zuletzt, weil nun auch die vier nordelbischen Kirchen – zwar später als viele andere Landeskirchen – einen

selbstkritischen Blick auf ihre eigene Vergangenheit werfen (siehe auch das Geleitwort von Bischof Ulrich und das Vorwort des Beiratsvorsitzenden Hans-Peter Strenge).

Das Buch hat aber auch Widerspruch ausgelöst, vor allem bei einigen ehemaligen kirchlichen Verantwortungsträgern. Sie empfinden Äußerungen und Aktivitäten der Bekennenden Kirche nicht angemessen dargestellt und kritisieren besonders die Feststellung von Linck: „Mit dem Erlass vom 10. Februar 1942 wurden die Christen jüdischer Herkunft aus der Landeskirche [Schleswig-Holsteins, H.G.] ausgeschlossen. Diese Maßnahme fand durch die Unterstützung von Wilhelm Halfmann die Zustimmung der BK-Führung.“ (S. 24). Stephan Linck hat m. W. inzwischen dieses Urteil über die BK insgesamt (konkret: den Landesbruderrat) aufgrund neuer Informationen revidiert.

Bei allen Kontroversen um Lincks Buch sollte der Versuchung widerstanden werden, die Geschichte der Bekennenden Kirche in der NS-Zeit und den Umgang der

Landeskirchen mit der NS-Vergangenheit nach 1945 apologetisch zu beschönigen. Auch unter den Mitgliedern der Bekennenden Kirche, die sich mutig gegen die Theologie der Deutschen Christen und die NS-Kirchenpolitik stellten, waren antisemitische Grundeinstellungen und theologischer Antijudaismus weit verbreitet (siehe dazu z.B. Wolfgang Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen. Die Bekennende Kirche und die Juden*, 1987). Und es sollte immer bedacht werden, was ein Mitglied der Bekennenden Kirche selbstkritisch äußerte: „Wir haben im Kirchenkampf unseren Gehorsam weitgehend darauf beschränkt, für die verfolgte Kirche einzutreten, statt uns zugleich und mit demselben Ernst öffentlich an die Seite der von Hitler gequälten Menschen und Völker zu stellen. Darin haben wir letztlich versagt.“ (Johannes Schlingensiepen, 1976).

Auch deshalb ist die in Lincks Untersuchung gestellte Frage nach dem Umgang der Evangelischen Kirche mit der NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum so wichtig. *Heinrich Grosse*

Des Henkers Karriere in Rathaus und Parlament

Heinz Reinefarth, der „Henker von Warschau“, der den Aufstand vor 70 Jahren brutal zusammenschießen ließ, umschiffte nicht nur alle späteren Gerichtsverfahren, war nicht nur anerkannter Westerländer

Bürgermeister. Als einziger früherer SS-General saß er im Landtag und bestimmte die Politik Schleswig-Holsteins mit. Dieser unglaublich anmutende Fall wird von dem Schweizer Historiker Philipp Marti

in seiner biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit Punkt für Punkt aufgearbeitet, so dass nach der Lektüre nicht nur das Fachpublikum fassungslos sein dürfte. Mit anderen Worten: Das Werk sollte jeder gelesen haben, den der nahtlose Übergang der Nazi-Diktatur in die Bundesrepublik noch wundert. Es ist ein Lehrstück, in jeder Beziehung.

Philipp Marti zeigt in dieser leicht veränderten Buchausgabe seiner Dissertation auf, wie der 1903 geborene Heinz Reinefarth deutsch-national sozialisiert wurde, zum richtigen Zeitpunkt in der SS und innerhalb des Besatzungsapparats eine außergewöhnliche Karriere startete, gefördert u.a. von Heinrich Himmler. Er erwies sich nicht nur als williger Gefolgsmann, sondern auch als äußerst brutaler Kampfgruppenkommandant. Marti gelingt es, nahezu jeden Schritt Reinefarths zu belegen.

Die Fragestellung ist eine doppelte, so Marti: Sie geht einerseits von Reinefarth selber aus und kreist um die besonderen Bedingungen seiner Karriere vor und nach 1945. Im Zentrum steht Reinefarths Agieren als Entscheidungsträger in Polen 1944 sowie Anfang 1945 als Kommandant in Küstrin sowie als Politiker in den 50er Jahren. Zum anderen geht es Marti um Reinefarth als öffentlich wahrgenommene Persönlichkeit. In der Nazipropaganda als Kriegsheld stilisiert, in der



Philipp Marti, *Der Fall Reinefarth*. Eine biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Neumünster/Hamburg: Wachholtz Verlag 2014. 400 S. (= Beiträge zur Zeit- und Regionalgeschichte, 1).

Nachkriegszeit sogar als vermeintlicher NS-Oppositioneller; später als Integrationsfigur als Stadtoberhaupt.

Ausführlich wird darauf eingegangen, wie sich die Deutungsmuster später auflösen. Im Blick ist die Justiz, ihr Umgang mit dem Fall, wie auch der publizistische Umgang mit Heinz Reinefarth. Die Arbeit ist chronologisch gegliedert. Im ersten Teil wird Reinefarths erste Lebenshälfte bis 1945 dargestellt. Der zweite Teil reicht bis 1959, als die große Auseinandersetzung um Reinefarth abebbt. Der dritte Teil schildert die ab 1961 einsetzenden juristischen Auseinandersetzungen



Quelle: Wikimedia Commons

Heinz Reinefarth (l.) als Generalmajor der Polizei während der Niederschlagung des Warschauer Aufstands zusammen mit Soldaten des unter seinem Kommando stehenden dritten kosakischen Regiments

im Hinblick auf seine Rolle beim Warschauer Aufstand.

Einige Kapiteltitel veranschaulichen den inhaltlichen Horizont und die Betrachtungsperspektive: Ein politischer Soldat, „Dem Mann muss unbedingt geholfen werden“, Ende einer öffentlichen Laufbahn, Selbstwahrnehmungen und wandelnde öffentliche Beurteilung eines prominenten Nationalsozialisten und Kriegsverbrechers.

Die Arbeit versteht sich, so Marti, vorrangig als Beitrag zur Geschichte der so genannten Vergangenheitsbewältigung. Berührungspunkte finden sich zur Täterforschung.

Als Quellen dienen Bundesarchiv, Bundesarchiv-Militärarchiv, Landesarchiv sowie das Syltarchiv

Westerland. Zudem die Justizbehörde Flensburg; private Dokumente gibt es kaum.

Philipp Marti war häufig zu Gast im IZRG in Flensburg, nahm dort an Colloquien teil, ist dem Haus verbunden – dieses Buch eröffnet daher auch eine neue Schriftenreihe des Instituts: Beiträge zur Zeit- und Regionalgeschichte. Marti verbrachte außerdem einen halbjährigen Forschungsurlaub mit Besuchen im Landesarchiv und Syltarchiv Westerland.

Bislang gab es nur ein populärwissenschaftliches Buch über Heinz Reinefarth, reflektiert durch Freunde und Familienmitglieder. Dem stehen endlich gründliche Forschungsergebnisse entgegen.

Arndt Prenzel

Innenansichten einer Institution

Harald Czycholl arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist und hat im Auftrag der „Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft“ dessen Geschichte zusammengetragen: „Anspruch ist es nicht“, heißt es in der Vorbemerkung, „eine vollständige, lückenlose Chronik der Institutsgeschichte zu bieten, sondern einen journalistischen Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse, die das Institut für Weltwirtschaft geprägt“ (S. 11). Dieser Zugang ist nicht immer ein Gewinn, und tatsächlich fehlt dem Band – gerade für die Zeit nach 1945 – immer wieder der distanziertere Blick von außen, den ein Wirtschaftshistoriker vermutlich gewählt haben dürfte.

Dementsprechend beginnt der schmale Band mit einem Vergleich der Situation 1914 mit jener des Jahres 2014, einschließlich Bewertungen der aktuellen wirtschaftlichen Lage, von der der Autor meint: „Die Krise hat die Zunft demütiger und bescheidener gemacht – und für ein Umdenken gesorgt.“ (S. 14). Der Zugang zur Geschichte über die Beschreibung des Heute enthält zwei von drei wiederkehrenden Elementen des Bandes: einmal so genannte Reporte, eine Art lexikalischer Eintrag zu einem bestimmten Stichwort (eingangs „Das Kieler Institut heute“), ferner aktuell in den Jahren 2011 bis 2013 geführten Interviews mit mehr oder weniger

wichtigen Zeitzeugen/innen, beginnend mit dem derzeitigen Präsidenten, Dennis Snower. Das dritte Element sind so genannte Biografien



Harald Czycholl, 100 Jahre Institut für Weltwirtschaft. Vom Königlichen Institut zum globalen Forschungszentrum. Neumünster/Hamburg: Wachholtz-Verlag 2014. 160 S.

der Institutsleiter bzw. Präsidenten, die bedauerlicherweise aber stets mit dem Zeitpunkt enden, der gerade im Buch beschrieben wird, und nur zum Teil später im Folgetext weitergeführt werden (so z.B. bei Bernhard Harms, S. 24f.).

Der Grundton des ersten Kapitels kehrt dann – mit Ausnahme des Abschnitts über die NS-Zeit – im gesamten Band wieder: die Historie

des IfW wird als Erfolgsgeschichte der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit bis heute dargestellt. Das geht so weit, dass sich manches eher wie aus einer Werbeschrift, denn aus der Feder eines die kritische Distanz wahren Journalisten liest (vgl. S. 17).

Auch die Bewertungen der bundesrepublikanischen Wirtschaftsgeschichte von 1960 bis heute sind gewöhnungsbedürftig und lesen sich mitunter so, als ob es hierzu keine Alternativen bzw. andere Sichtweisen gäbe („vorherrschender Reformstau in Deutschland“, „mit der Globalisierung, die unbestritten für ein großes Maß an materiellem Wohlstand gesorgt hat, auch globale Probleme einhergehen“, S. 16).

Grundsätzlich folgt Czycholl dem Weg, der durch die bisherigen Publikationen zur Geschichte des IfW vorgezeichnet worden ist, und fügt an der einen oder anderen Stelle noch eher unbeachtete Zitate hinzu, etwa bei einer eher kritischen Bewertung zur Person von Bernhard Harms zu Beginn von dessen Karriere (S. 29).

Die Forschungslücken bzw. die Fragen aufgrund dieser Desiderate kommen bei Czycholl aber zu kurz, werden nicht gestellt oder erschließen sich erst beim weiteren Lesen. So etwa bei der Frage, warum die Arbeiten im Kriegsarchiv des Ersten Weltkriegs nie kritisch analysiert werden konnten (S. 32), wo die indirekte Antwort später Ausbombung im Zweiten Weltkrieg lautet.

Auch grundsätzliche Fragen werden nicht aufgeworfen: Ab wann konnten eigentlich Frauen im IfW arbeiten? Welche Auswirkungen hat dies dort gehabt? Nur in einem Interview mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis wird dies überhaupt thematisiert und die patriarchalisch-paternalistische Haltung der Institutsleitungen kritisch hinterfragt. Dass Männer Weltwirtschaft erforschen und Frauen nicht vorkommen, ist dem Autoren kein Wort wert, außer als es um die Meriten des Instituts geht: Die ehemalige Mitarbeiterin Claudia Buch wird 2013 Chefin des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (S. 133), was zweimal erwähnt wird. Ansonsten kommen – mit Ausnahme von Heide Simonis – keine Frauen vor.

Der Chronologie folgend wird zuerst die Entstehung des Instituts im Kaiserreich dargestellt; dann befasst sich der Autor intensiver mit den Erfolgen und den „Sieben innovative[n] Jahren (1926–1933)“ (S. 39ff.). Die jungen Forscher aus der „Astwik“ abgekürzten statistischen Abteilung des Instituts konnte in der Weimarer Republik internationales Renommee und innenpolitische Wirkungsmacht gewinnen. Gerhard Colm und andere gehörten zum Kreis der eher sozialdemokratisch orientierten „Reform-ökonomien“, die durch eine aktive Konjunktur- und antizyklische Finanzpolitik auf die wirtschaftliche Krise reagieren wollten, womit sie

im Gegensatz zur Politik Brünings ab 1930 standen (S. 42f).

Czycholl greift für diesen Teil auf eine Reihe von Biografien und Forschungen zurück; regionalgeschichtlich ergänzend sei nur erwähnt, dass die Forscher des Instituts sich auch aktiv zum Young-Plan äußerten und gegen die damalige Propaganda der Rechten stellten.

Der anschließende Abschnitt zur NS-Zeit ist mit 24 Seiten vordergründig recht umfangreich ausgefallen, doch relativiert sich dies bei näherem Hinsehen, worauf unten näher eingegangen wird. Inhaltlich wird der Sachstand ab 1933 dargestellt, der mit der Vertreibung der jüdischen und demokratischen Forscher endete, doch meines Erachtens mit einem Zeitzeugenzitat aus der Nachkriegszeit etwas entwertet wird: „Das, was da an unangenehmen Dingen passiert ist, hatte mit eine Ursache in dem tatsächlichen Geschehen innerhalb des Instituts. Das hat ganz offensichtlich dazu geführt, so interpretiere ich das nach dem Hörensagen, dass manchen Leuten da die Sicherung durchgeknallt ist“ (S. 46, ebenso im Interview S. 81).

Dass die Vertreibung der führenden Köpfe der Astwik-Abteilung sowohl mit ideologischen Gründen als auch mit institutsinternen Streitereien und persönlichem Neid zu tun gehabt haben könnte, ist aus den Quellen noch nachvollziehbar. Doch ob der erst 1948 ins Institut gekommene Zeitzeuge hier

eine zuverlässige Quelle ist – er selbst spricht ja nicht umsonst vom Hörensagen –, darf angezweifelt werden.

Mit der Absetzung von Bernhard Harms 1933 endete diese Phase des IfW, und es folgte 1933/34 mit Jens Jessen ein Nationalsozialist. Da dieser allerdings in der Folgezeit in Widerspruch, später sogar in Widerstand zum Regime geriet, ist dessen Biografie zwar interessant, doch nimmt diese – gemessen an seiner Wirkungsgeschichte vor Ort – deutlich zu viel Raum ein: drei Seiten zur Genese Jessens in Richtung Widerstand sowie weitere drei Seiten Interview mit seinem Enkel gegenüber zwei Seiten Biografie und vier Seiten Nacherzählung 1933/34 sind einfach zu ungleich gewichtet (S. 48-59). Außerdem stellt der Report „Die Vertriebenen“ keinen Bezug zum Umgang mit diesen in der Nachkriegszeit her – spricht: Wie ist das Institut mit den eigenen vertriebenen Forschern umgegangen, wie mit den Profiteuren der Vertreibung, und auch die Geschichte des IfW unter Andreas Predöhl von 1934 bis 1945 umfasst nur knapp zehn Seiten.

Lediglich für diesen Abschnitt des gesamten Buches reflektiert und analysiert Harald Czycholl den Forschungsstand kritischer, etwa wenn er die Rolle und das Verhalten von Predöhl beschreibt und die unterschiedlichen Arbeiten – zumeist Aufsätze – zitiert, um ein Bild des Instituts in der NS-Zeit zu entwerfen.

Neben den Großraumforschungen Predöhls kommt dabei den geheimen Gutachten für das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt große Bedeutung zu, zu denen Christoph Diekmann Nachforschungen angestellt hat und konstatiert, dass von 2.040 Gutachten nur noch 890 im Archiv des IfW zu finden sind (S. 65).

Auch die mehr als beschönigende Beschreibung von Anton Zottmann zum 50-jährigen Jubiläum (1964) wird von Czycholl kritisiert: „Nicht zuletzt auch dank einer derart verbrämenden Darstellung unterblieben damals sowohl die inhaltliche Aufarbeitung als auch die politische Einordnung der Arbeiten des Instituts in der Kriegszeit“ (S. 66). Predöhl selbst wird vom Autor als „janusköpfig“, „Der Willfährige“ und als „wissenschaftlich unredlich und opportunistisch“ handelnd beschrieben (S. 68).

Im Folgenden wird dann auf knapp 70 Seiten die Geschichte des IfW bis heute nacherzählt, wobei der Fokus fast ausschließlich und zu sehr auf das Wirken der jeweiligen Leitung gerichtet ist. Beginnend mit „Der Wiederaufbau“ wird der ehemals verfolgte Sozialdemokrat Fritz Baade 1948 Institutsdirektor. Dieser hatte laut Czycholl am meisten mit dem immensen Reputationsverlust und der geistigen Isolation des Instituts im Nationalsozialismus zu kämpfen (S. 76); warum aber die „Vergangenheitsbewältigung“ tatsächlich am IfW keine Rolle spielte, erklärt Czycholl nicht, geschweige

denn, welche Rolle andere Mitarbeiter des Instituts in der NS-Zeit gespielt haben und ob es darüber in der Nachkriegszeit Auseinandersetzungen gegeben hat.

Auch der Umgang mit den vertriebenen Mitarbeitern in der Nachkriegszeit spielt in diesem Abschnitt keine Rolle; die Übernahme der Behauptung von Zottmann, dass die meisten Forscher wieder nach Kiel zurückkehren konnten, muss angesichts der Bewertung von Harald Hagemann mehr als kritisch hinterfragt werden (S. 73).

Die Aussage vom späteren Leiter der Institutsbibliothek, Erwin Heidemann, im Interview 2012 („Vergangenheitsbewältigung hat überhaupt keine Rolle gespielt“, S. 81), ist zwar plausibel, doch hätte Czycholl dies einerseits durch weitere Quellen untermauern müssen: Wer ist ans Institut zurückgekehrt, wer nicht – und warum nicht? Und wie waren die Äußerungen dieser Nicht-Zurückgekehrten? Auch die mögliche These, dass Baade als Remigrant – ähnlich wie etwa der Altonaer Max Brauer – mangels Eigenerleben der NS-Diktatur eben wenig Zugang zur Problematik der NS-Täter- und Mitläuferschaft entwickelt hat, wäre nachforschenswert gewesen.

Die Geschichte des IfW in der Nachkriegszeit erzählt Czycholl anhand des Wirkens seiner Direktoren/Präsidenten, deren „Handschrift“ er anhand von Schwerpunktsetzungen erläutert. Baade

etwa wird als „weltoffener Praktiker“ und nicht als Theoretiker beschrieben, sein Nachfolger Erich Schneider als „Patriarch“ und „herausragender, prägender Wirtschaftstheoretiker“ usw. Hinzu kommt die Schilderung der jeweiligen strukturellen Veränderungen, die unter ihnen umgesetzt wurden.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Annahmen und Modelle, die die Leitungen bevorzugten, und Czycholl bewertet regelmäßig – aus heutiger Sicht – den Nutzen, so etwa wenn er den Schülern von Erich Schneider unterstellt, „im Geiste ihres Lehrmeisters verteidigen einige dieser ‚Schneider-Jünger‘ den Keynesianismus bis heute“ (S. 91). Solche Wertungen sind legitim, doch schimmert durch, dass Czycholl selbst auch „Anhänger“ bestimmter wirtschaftswissenschaftlichen „Schulen“ bzw. Ansichten ist und ihm vielleicht an solchen Stellen ebenfalls eine objektivere Sichtweise abhanden kommt.

Mit Herbert Giersch folgte 1969 ein „Freigeist“, so Czycholl, der statt Keynes nun Schumpeter in den Mittelpunkt stellte und sich der Frage widmete, „Wie beeinflusst der Staat die Angebotsseite der Wirtschaft?“ (S. 95). Zudem stärkte er die Konjunkturforschung und beförderte die Teamarbeit im Institut. Giersch agitierte auch bewusst politisch und versuchte, die Politik gezielt durch Äußerungen in den

Medien zu beeinflussen. Ob die Auseinandersetzung mit dem damaligen Finanzminister Helmut Schmidt im Jahr 1972/73 – angesichts einer Amtszeit von Giersch bis 1989 – allerdings wirklich zwei Seiten Text wert und das vierseitige Interview mit Helmut Schmidt wirklich ein Erkenntnisgewinn ist, darf bezweifelt werden. Bis auf die Tatsache, dass letzterer auf die Unterschiede der Praxis zwischen Wissenschaft und Politik abhebt, ist lediglich interessant, wie Schmidt den Sachverstand beider Lager auf dem jeweiligen Terrain einschätzt (S. 105).

Interessant für die Geschichte der Bundesrepublik ist hingegen die Rolle des IfW für das Ende der sozialliberalen Koalition, denn das Institut hatte „nicht unwesentlich zu dem legendären ‚Lambsdorff-Papier‘ des Jahres 1982 beigetragen“ (S. 108). Unter Giersch entwickelte das IfW Positionen, die die heutige Globalisierung sehr optimistisch sahen; Positionen, die Deregulierung, Privatisierung, moderate Lohnforderungen und Absenkung der Standards für die Arbeitnehmerseite in den Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Modelle und ihrer Politikberatung stellten.

Die so genannte freie Marktwirtschaft war für Giersch und seine Mitarbeiter die Lösung für alle wirtschaftlichen Probleme und wurde nicht als Produzentin von Problemen wahrgenommen. Giersch „hätte sich im Zweifel für die offe-

nen Märkte als für die Maximierung des Wohlstands entschieden“, so ein ehemaliger Student von ihm (S. 113).

Sein Nachfolger wurde Horst Siebert, der „Konjunkturpapst“ (Czycholl), der ein „klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft und ein Faible für die Umweltpolitik“ mitbrachte (S. 116). Unter seiner Leitung fiel zuerst die „Bewältigung der deutschen Einheit“ sowie der Wandel in Osteuropa. Hinzu kamen Vorschläge gegen den „Reformstau in Deutschland“ und Expertisen zum Aufstiegs Chinas und dessen Auswirkungen auf die Industriestaaten (S. 119). Siebert forderte von seinen Doktoranden, formale Modelle in ihre Überlegungen einzubeziehen, und führte das Institut erfolgreich durch die Evaluierung des Wissenschaftsrats 1996. Doch weder er noch Giersch kümmerten sich um Genderaspekte in den Wirtschaftswissenschaften.

Bezeichnenderweise ist das auch für den Autor kein Thema, und es kommt lediglich an einer Stelle zum Vorschein: In einem Interview mit der ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis kritisiert diese das Fehlen von Frauen am Institut (S. 121ff.) und fragt nach veränderten Sichtweisen, wenn die absolute Männerdominanz durchbrochen würde. Als amtierender Präsident wird am Ende noch der Amerikaner Dennis Snower dargestellt, der die bisherigen Abteilungen abschaffte, flachere Hierarchien einführte,

lösungsorientierte Ansätze in den Mittelpunkt der Arbeit stellte und den interdisziplinären Austausch beförderte.

Laut dem Autor soll Snower durchaus selbstkritisch die Wirtschaftswissenschaften hinterfragen: „Viele Menschen waren der Ansicht, die Ökonomie habe versagt – schließlich hatte kaum ein Ökonom die Krise kommen sehen. Mit ein Grund dafür ist, so Snower, dass die Wirtschaftswissenschaften auf unrealistischen Grundannahmen basieren.“ Und weiter: „Der ökonomische Mainstream ist auf einem Fundament von Annahmen aufgebaut, die mit der Realität wenig zu tun haben.“ (S. 137).

Der Austausch von internationalen Wissenschaftlern/innen aus verschiedenen Fachbereichen, die Einbeziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie Beratungen und ein Lösungsvorschläge erarbeitender Austausch mit politischen Entscheidungsträgern über Staatsgrenzen hinweg stehen im Mittelpunkt dieser Strategie (S. 139f.). Dementsprechend ist der letzte Abschnitt der Arbeit mit „Internationale Spitzenforschung“ überschrieben (S. 141).

Harald Czycholl hat mehr eine Festschrift und Hommage denn eine wissenschaftliche Abhandlung zum 100-jährigen Jubiläum des Instituts für Weltwirtschaft geschrieben. Während der im Kern historische Teil bis 1945 noch von einer gewissen quellenkritischen

Sichtweise geprägt ist, liest sich die Geschichte des IfW der Folgejahre immer stärker als eine Hommage an die jeweiligen Direktoren bzw. Präsidenten.

Kritische Töne und Perspektiven gibt es nur wenige; irgendwie haben alle Männer an der Spitze des IfW immer alles in der Zeit Richtige gemacht und das IfW vorgebracht. Durch die Wahl eines personenbezogenen Ansatzes fehlt es der Darstellung an einer multiperspektivischen Herangehensweise: Wie haben das eigentlich die Mitarbeiter/innen gesehen, wie sah es von außen aus, wie ist der Output zu bewerten, und welche der Annahmen, die das Institut – namentlich der Leiter – vertrat, haben sich in der Praxis als falsch herausgestellt?

Auch übergreifend ist zu fragen, ob je eine der Konjunkturprognosen des Instituts sich als richtig erwiesen hat, und wenn nein, was dies über die Wirtschaftswissenschaften und ihren behaupteten Anspruch aussagt, eine Art mathematisch-präzise, mit beweisbaren Gesetzen operierende Wissenschaft zu sein?

Der Autor ist zu sehr von vermeintlichen und tatsächlichen Erfolgen des Instituts eingenommen, um solche Fragen zu stellen. Das ist bedauerlich, denn bezogen auf die wirtschaftswissenschaftlichen Annahmen und Modelle klingt immer

wieder Sachverstand durch, der dem Leser aber nicht nahegebracht und zu wenig für die kritische Analyse nutzbar gemacht wird.

Lesenswert ist der kleine Band aber doch, denn er trägt – bis zu einem gewissen Grad – den Forschungsstand bis 1945 gut zusammen und listet im Literaturverzeichnis die wichtigsten Arbeiten auf. Warum Czycholl der Geschichtsblindheit aller Verantwortlichen in der frühen Nachkriegszeit so wenig Beachtung schenkt, obwohl er doch selbst die Arbeiten von Harald Hagemann kennt, der den Umgang des IfW mit seinen vertriebenen Mitarbeitern nach 1945 als „skandalös“ bezeichnet hat und dem Institut nach 1945 bescheinigt, dass dieses von einem „merkwürdigen Gedächtnisverlust“ befallen gewesen sei, erschließt sich dem Rezensenten nicht.

Eine Institutsgeschichte, die sich auf neuesten Forschungsstand mit der eigenen Vergangenheit beschäftigt, steht damit aus geschichtswissenschaftlicher Sicht noch aus.

Frank Omland

Vgl. zum IfW auch die Kurzrezension zu Wolfgang Hein / Robert Kappel, „Raum, Welt, Wirtschaft: Andreas Predöhl – eine deutsche Wissenschaftlerkarriere“ (GIGA working papers No 252. August 2014) in diesem Heft auf S. 238.